

Stärkung öffentlicher Institutionen

Herausforderung

1995 beendete das Dayton-Friedensabkommen einen der schwersten Konflikte in Europa seit dem 2. Weltkrieg. Es etablierte in Bosnien und Herzegowina allerdings eine komplizierte und wenig funktionale Verwaltungsstruktur mit insgesamt 14 Regierungen auf unterschiedlichen Verwaltungsebenen: dem Gesamtstaat, der Republika Srpska, der Föderation Bosnien und Herzegowina, bestehend aus zehn Kantonen, und dem autonomen Brčko-Distrikt. Dieses heterogene politische System erschwert Reformen zur Verbesserung der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Bosnien und Herzegowina hat schon 2006 – mit EU-Unterstützung – eine Strategie zur Reform der öffentlichen Verwaltung beschlossen, ihre Umsetzung verläuft jedoch sehr schleppend. Es gibt unverändert großen Bedarf, daran zu arbeiten, dass öffentliche Institutionen die von der Strategie gesetzten Standards erfüllen, um auf diese Weise bessere Dienstleistungen für die Bevölkerung zu erbringen, und um den EU-Annäherungsprozess zu unterstützen.

Ziel

Ziel des Vorhabens ist es daher, dass ausgewählte öffentliche Institutionen in Bosnien und Herzegowina zunehmend die Standards der Verwaltungsreformstrategie erfüllen.

Vorgehensweise

Das Vorhaben arbeitet aktuell mit dem Büro für die Koordinierung von Verwaltungsreformen (PARCO), sowie mit den folgenden Institutionen zusammen: der Zentralbank, der Statistikagentur, der Beschaffungsagentur sowie dem

Projektname	Stärkung öffentlicher Institutionen
Auftraggeber	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Land	Bosnien und Herzegowina
Politischer Träger	Büro für die Koordinierung von Verwaltungsreformen (PARCO)
Durchführungspartner	s. u. Vorgehensweise, 1. Absatz
Gesamtlaufzeit	2010 – 2019
Auftragsvolumen	9,7 Mio. EUR

Beschwerdebüro für das öffentliche Beschaffungswesen, den Agenturen für Vorschul-, Grundschul- und Sekundärschulbildung sowie für die Entwicklung der Hochschulbildung und Qualitätssicherung, dem Direktorat für Europäische Integration und der Agentur für den öffentlichen Dienst.

Das Vorhaben agiert in drei Handlungsfeldern, welche darauf gerichtet sind, erstens die Umsetzungsbedingungen für die Verwaltungsreform zu verbessern, zweitens den Erfahrungsaustausch zu Themen der Verwaltungsreform und das gemeinsame Lernen in inter-institutionellen Arbeitsgruppen zu fördern, und drittens die Umsetzung von Standards der Verwaltungsreformstrategie in ausgewählten Institutionen zu unterstützen. Dabei konzentriert sich das Vorhaben auf die folgenden Themenbereiche: Kommunikation und Wissensmanagement, Personalressourcenmanagement, öffentliches Beschaffungswesen und e-Governance sowie Qualitätsmanagement.



Von links nach rechts

Workshop zu Fragen der Transparenz von Arbeitsprozessen in öffentlichen Institutionen; Konferenz über Stärkung der Kapazitäten im Bildungssektor

Wirkung

In den zuvor erwähnten inter-institutionellen Arbeitsgruppen zum professionellen Erfahrungsaustausch und gemeinsamen Lernen wurden inzwischen eine ganze Reihe von Initiativen zur Umsetzung von Verwaltungsreformmaßnahmen gestartet. Ein Beispiel: Auf der Grundlage von Ergebnissen der Arbeitsgruppe zu Kommunikation und Wissensmanagement wurden in mehreren der beteiligten Partnerinstitutionen bereits Maßnahmen zur Verbesserung der strategischen Kommunikation und der Nutzung digitaler Medien umgesetzt. Dieses Wissen wird über PARCO auch anderen Institutionen der öffentlichen Verwaltung zugänglich gemacht.

Die Agentur für den öffentlichen Dienst wurde inzwischen mit Hilfe eines Trainingsmanagementsystems in die Lage versetzt, das Management des Fortbildungsprogramms für öffentliche Bediente sehr viel effizienter zu gestalten als zuvor. Zudem wurden in die Trainingsangebote der Agentur für den öffentlichen Dienst sowie des Direktorats für die Europäische Integration inzwischen fünf neue Kurse integriert, die zentrale Themen der Reform der öffentlichen Verwaltung abdecken. Dies erfolgte in enger Abstimmung mit der Agentur für die Gleichberechtigung der Geschlechter, um die angemessene Berücksichtigung von Genderthemen zu gewährleisten.

Die Effizienz und Transparenz zentraler Prozesse in den beteiligten Institutionen haben sich verbessert, zum Beispiel Ausschreibungen und Beschaffungsprozesse. In naher Zukunft werden zudem alle seit 2012 beim Beschwerdebüro für das öffentliche Beschaffungswesen eingegangenen Beschwerden sowie die Entscheidungen darüber im Internet zugänglich und nach verschiedenen Kriterien auswertbar sein.

Die gezielte Unterstützung einzelner der beteiligten Institutionen in der Stärkung ihrer fachlichen Kompetenz hat bereits deutlich zu mehr Akzeptanz und Anerkennung ihrer Leistungsfähigkeit

beigetragen. So hat z.B. die Reputation der staatlichen Bildungsagentur sich deutlich verbessert, nachdem sie mit Hilfe des Programms in die Lage versetzt wurde, den Bildungsministerien und anderen relevanten Institutionen im Bildungsbereich fundierte Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Curricula vorzulegen. Die Grundlage dafür bildet ein mit Hilfe des Programms entwickeltes IT-gestütztes Evaluierungssystem, das im Einklang mit EU-Standards zuverlässig, transparent und schnell Auskunft über die Entwicklung der Schülerleistungen liefert.

Weiterführende Informationen

www.spi.ba

www.facebook.com/SPIBiH

Kontakt: Mathias Mühle

Mathias.Muehle@giz.de

Herausgeber Deutsche Gesellschaft für
Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
Sitz der Gesellschaft: Bonn und Eschborn, Deutschland
GIZ Büro Sarajevo
Zmaja od Bosne 7-7a
Importanne Centar 03/IV
T +387 33 957 500
F + 387 33 957 501
GIZ-BosnienHerzegowina@giz.de
www.giz.de

Stand 07/2019

Bildnachweis GIZ
Die GIZ ist für den Inhalt dieser Publikation verantwortlich.
Auftraggeber Bundesministerium für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)